

**Rede
von**

Hanna Naber, MdL

zu TOP Nr. 47

Erste Beratung

Niedersächsische Pflege nachhaltig stärken

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3924

während der Plenarsitzung vom 21.06.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Anstatt sich ernsthaft mit den von SPD, CDU, FDP und Grünen hier bereits vorgelegten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation in der Pflege auseinanderzusetzen, statt aufmerksam zu verfolgen, welche Schritte die Bundesregierung gerade umsetzt, ist die AfD Niedersachsen im populistischen Kampagnenmodus.

Nach der zynischen Verhöhnung von Opfern sexueller Gewalt durch die Plakataktion #MähToo, welche vermeintlich das Tierwohl zum Thema hat, tatsächlich aber Islamfeindlichkeit und Rassismus schürt, schimpft sich die aktuelle Kampagne: „Weil, es reicht!“ - Konzipiert übrigens vom Schriftsteller Thor Kunkel, den die Journalistin Melanie Amann vom *Spiegel* jüngst als „NPD-Mann auf Speed“ bezeichnet hat.

- Ich habe die Quellenangabe hier, ich lasse Sie Ihnen gleich zukommen.

Auf einem Poster lässt die AfD eine Reinigungskraft sprechen, die fragt, was ihr denn der Mindestlohn bringen würde, wenn sie drei Jobs bräuchte, um zu überleben. - Damit wird von der AfD wieder einmal ein wichtiges Thema pervertiert; denn die AfD ist die Partei, die sich auf allen Ebenen lange gegen den gesetzlichen Mindestlohn gestellt hat.

Nachdem die negativen Beschäftigungsentwicklungen, die auch von der Bundesspitze der AfD propagiert wurden, ausgeblieben sind, ist nun eine Positionierung pro Mindestlohn opportun. Was sagt denn die AfD dieser Reinigungskraft? Wahrscheinlich, dass sie gerade noch Glück gehabt hat, dass die AfD nicht regiert, da Jörg Meuthen, seines Zeichens Bundessprecher, die gesetzliche Rente gerne komplett abschaffen würde. Björn Höcke, sein Kumpel, indes will eine Zusatzrente nur für Deutsche aus der Taufe heben. Überraschung! Bei der AfD hat man Pech, wenn man wenig Geld hat und/oder nicht deutsch ist.

Und nun, sehr geehrter Herr Bothe, zum vorliegenden Antrag, der ja wohl Teil Ihrer aktuellen Kampagne sein soll. Nehmen wir mal das Landespflegegeld. Das ist eine mittlerweile umgesetzte Idee der CSU in Bayern, die bisher auch dort kein

einziges Problem in der Pflege gelöst hat. Wenn hier - wie die AfD es möchte - auch ein solches Modell eingeführt würde, dann wäre das schlecht angelegtes Geld und höchst unsolidarisch. Denn so wird Geld als Wahlkampfgeschenk einfach mit der Gießkanne verteilt - außer an Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger; denn das Geld wird mit den Leistungen des Jobcenters als nicht zweckgebundenes Einkommen verrechnet. Das ist ein alter CSU-Trick, der schon beim Familiengeld angewendet wurde. Ergo: Wenn Sie Transferleistungen bekommen, sind Sie mit der AfD schlecht bedient.

Noch dazu handelt es sich beim Pflegegeld quasi um eine Herdprämie in alt: Sind es doch in der Regel die Frauen - meine Kolleginnen haben gerade schon darauf hingewiesen -, die zu Hause bleiben oder ihre Arbeitszeit reduzieren, um pflegebedürftige Angehörige zu betreuen.

Unser Ziel müssen deshalb genügend ambulante, teilstationäre und stationäre professionelle, passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote sein. Mit allem anderen wollen wir uns nicht abfinden. Dass Sie die Eigenanteile in der Pflege mithilfe eines - wie Sie es nennen - Bundeszuschusses tatsächlich reduzieren wollen, erscheint unglaublich. Die AfD ist die Partei, die am unkritischsten der Marktlogik folgt, und nennt dies dann „Eigenverantwortung“. Mein Kollege Oliver Lottke ist darauf bereits eingegangen.

Wir sagen: Der Eigenanteil muss gesetzlich festgelegt und gedeckelt werden, und die SPD fordert hier richtigerweise, dass alle zukünftigen Kostensteigerungen von der Pflegeversicherung getragen werden müssen.

Pflege, die aus medizinischen Gründen erfolgt, muss im Gegenzug endlich von der Krankenversicherung finanziert werden. Aber das Wichtigste überhaupt ist ein Systemwechsel hin zur Zusammenlegung von privater und gesetzlicher Pflegeversicherung und eine Finanzierung derselben unter Heranziehung aller Einkommensarten.

Zu den Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, die Ihnen angeblich so wichtig sind: Das Gesetz zur besseren Bezahlung in der Altenpflege wurde diesen Mittwoch,

als Ihre Plakate da draußen rumstanden, von Hubertus Heil und der SPD ins Bundeskabinett eingebracht. Dieses führt in jedem Fall zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen in der Altenpflege.

Der Weg für den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales wird endlich freigemacht.

Ihre schwammigen Antragsformulierungen helfen hier jedenfalls nicht weiter.

Alles in allem halte ich es mit der Arbeitsgemeinschaft Junge Pflege des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe Nordwest. Zitat: Was wir also nicht wollen, sind Rechtspopulismus und Extremismus. Deshalb sagen wir: AfD geht für Pflegende gar nicht!

Was auf keinen Fall passieren darf, ist, die AfD aus Protest unreflektiert zu wählen. Wenn ihr protestieren wollt, kommt zu uns oder macht selbst Politik unter Achtung des ICN-Ethikkodexes. Wir wollen Menschlichkeit und Respekt, Anerkennung und Wertschätzung.

Zitatende und auch Redeende!